

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

51 (17.12.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 51

Mannheim, den 17. Dezember 1947

Preis 15 Pfg.

Antikommunistischer Propaganda-Feldzug

„General Clay hat darauf hingewiesen, daß die deutschen Zeitungen in der amerikanischen Zone nicht gezwungen werden, sich an der antikommunistischen Kampagne zu beteiligen — ein Versprechen, das die meisten von ihnen wörtlich genommen haben.“ (New York Herald Tribune, 26. November.)

„Einige Beamte (der Militärregierung) haben angeregt, daß die (gegenüber der antikommunistischen Kampagne) zurückhaltenden deutschen Schriftleiter von ihrem Posten entfernt und durch „bereitwilligere“ Journalisten ersetzt werden sollten.“ (New York Herald Tribune, 19. November.)

„Es gibt Leute, die unfähig sind, Opposition zu vertragen. Sie spüren, daß eine freie Diskussion sie um die Macht bringen könnte. Darum wird die freie Presse von ihnen durch eine verdorbene und gelenkte Presse ersetzt.“ (Der Direktor der Nachrichtenkontrollabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Oberst Textor, am 27. November über Radio Berlin.)

London ohne Ergebnis

Trotz Vermittlungsvorschlägen Molotows — Der Kampf des deutschen Volkes um Einheit nötiger denn je

Das „Neue Deutschland“ vom 16. Dezember berichtet:

Alle Berichte über die Montagsitzung des Außenministerrates stellen übereinstimmend fest, daß die Konferenz auf Drängen Marshalls ihr Ende gefunden hat. Der USA-Außenminister erklärte, daß weitere Verhandlungen zwecklos seien, obwohl der sowjetische Außenminister die Behandlung einer Reihe anderer Fragen angeregt und Kompromißvorschläge eingebracht hatte. Molotow wandte sich gegen den Abbruch der Konferenz, wobei er auf die ernste Verantwortung hinwies, die Marshall durch seine bruske Haltung auf sich nehme.

Der scheinbare „gordische Knoten“

Reparationsfrage besteht nach wie vor — Welche Seite bringt dem deutschen Volk Verständnis entgegen?

Unter dem Titel „Das Reparationsproblem“ nimmt das „Neue Deutschland“ in seiner heutigen Ausgabe Stellung zum Abbruch der Beratungen in London und schreibt u. a.: Die Kette der Uebereinstimmungen in der Reparationsfrage sei auf einen Knoten gestoßen. Da es jedoch kein unlösbarer Knoten ist, braucht er auch nicht auf gordische Art durchgeschlagen zu werden.

Reparationen haben wohl für jeden, der sie leisten muß, einen unangenehmen Klang. Die deutschen Reparationsverpflichtungen sind das Erbe des Weltkrieges. Wiedergutmachung und Befreiung von Schuld, das ist der Sinn der Reparationen. Auf 128 Milliarden Dollar beläuft sich der Schaden, den unser Volk der Sowjetunion zugefügt hat. Diese nüchterne Zahl ist wahrscheinlich ebensowenig zu erfassen, wie das unermeßliche Maß von Zerstörung und Unglück, das durch uns über die Sowjetunion kam. Die Wiedergutmachungsforderungen des Sowjetvolkes betragen hingegen nur 10 Milliarden Dollar. Das ist noch nicht einmal der zehnte Teil des erlittenen Schadens. Niemand in der Welt kann der Sowjetunion das Recht auf Wiedergutmachung bestreiten. Als nun Molotow am Freitag die Wiedergutmachungsforderung seines Landes und auch die Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion bekundete, stieß er auf den Widerspruch der Westmächte, die einer anderen, einer verschleierte Reparationsentnahme den Vorzug gaben. Die westlichen Außenminister waren von der Offenheit der Sprache und von der Durchschlagskraft der Argumente Molotows so betroffen, daß am Samstag eine Erholungspause eingelegt werden mußte. Die westliche Presse schlug einen Heidenlärm. Aber sie verschwiegen den Inhalt der Rede Molotows. Der Inhalt von Molotows Erklärung konnte jedoch trotzdem nicht übertönt werden, da seine Argumentation auf Fakten beruhte. Der beste Lehrmeister für alle Theorie ist die Praxis. Es gibt die Praxis der Ostzone mit der Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion, und es gibt die Praxis der Westzonen mit dem Export von Rohstoffen zur Deckung der Einfuhren. Die Praxis der Ostzone hat nicht nur dazu geführt, den Industrieindex zu erhöhen, sie hat auch einen großen Teil der Schuld des deutschen Volkes abgetragen und das nicht nur für die Ostzone. Auf der anderen Seite haben die westlichen Methoden des Ausverkaufs und der Drosselung der deutschen Industrie die Schulden der Bizone um weit über eine Milliarde Dollar erhöht und nicht nur für die Bizone. Wenn unser Volk die westlichen Wirtschaftsmethoden weiter praktizieren würde, so hätte es bald eine neue derartige Schuldenlast zu tragen, daß ihm eines Tages kaum mehr das Hemd auf dem Leibe, viel weniger noch sein eigenes deutsches Reich gehören würde, und das alles, ohne daß es je gehört wurde.

Um diese Auspowerung zu verhindern, hat Molotow vorgeschlagen, die Industrieproduktion auch in den Westzonen von 35 auf 70 Prozent des Standes von 1938 zu erhöhen. 40 Prozent davon für laufende Reparationslieferungen abzugeben und 60 Prozent den Deutschen zu überlassen. Käme

Molotow mit seiner Meinung in London durch, dann würde Schluß sein mit der zunehmenden Verschuldung der Westzonen und unser Volk wüßte wieder, wofür es arbeitet: Verringerung seiner Schuld, Verbesserung seines Lebens.

Molotow nahm allerdings kein Blatt vor den Mund, als er von den verkappten Reparationen und den Wirtschaftsprivilegien sprach, die die britischen, amerikanischen und französischen Behörden und die Industriellen und Banken ihrer Länder in den Westzonen genießen. Genau so, wie vor einigen Tagen alle bekanntgewordenen Weststaat- und separaten Währungspläne dementiert, bestritt der amerikanische Außenminister auch diesmal in einer offiziellen Erklärung die sachliche Feststellung Molotows, hielt sich jedoch im Gegensatz zu dessen konkreten Angaben nur an allgemeinen Formulierungen. Es ist bemerkenswert,

so stellt „Neues Deutschland“ weiter fest, daß die „Chicago-Tribune“ in ihrer Sonntagsausgabe nach einem Reuter-Bericht davon sprach, daß Marshalls Außenministerium in der deutschen Frage Dinge verübt habe, die gewissenlos sind. Er raube die deutsche Industrie aus und verkaufe deutsche Werke an seine neuen Günstlinge wie Henry Kaiser. Er habe einschlägige Maßnahmen zur Zerschlagung der deutschen Konkurrenz sanktioniert.

Abschließend stellt „Neues Deutschland“ fest, daß die Vertagung der Außenministerkonferenz nichts an den Problemen und an der Notwendigkeit der Beantwortung der großen Fragen, besonders der Reparationen, geändert habe. Die Zeitung warnt vor den Söldnern der imperialistischen Sklavenhändler und vor den offenen und verkappten Feinden der deutschen Einheit und schreibt zum Schluß:

„In solchen Tagen wird es besonders deutlich, von welcher Seite dem deutschen Volke in seinem Streben für einen gerechten Frieden Verständnis entgegengebracht wird. In solchen Tagen geht es vor allem um die Einheit Deutschlands.“

Um Deutschlands Einheit

Erster Arbeitsbericht des ständigen Volkskongreß-Ausschusses

(Eigenbericht)

Der ständige Ausschuß des deutschen Volkskongresses trat unter Beteiligung von Mitgliedern aus ganz Deutschland am Freitag, 12. 12. 1947, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zu Vorsitzenden wurden Wilhelm Pieck, Dr. Külz und Otto Nuschke gewählt. Die Delegation für die Londoner Konferenz erfuhr durch die Zuwahl des Präsidenten des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Johs. R. Becher, eine Ergänzung.

Ein ständiges Sekretariat, zu dessen Mitgliedern Erich W. Gniffke, Arthur Lieutenant, Friedel Malter, O. Nuschke und W. Ulbricht gewählt wurden, wird seinen Sitz im Haus der deutschen Zentralverwaltungen, Berlin W 8, Leipziger Straße 5-7, Zimmer IIII und III3, haben.

In den ständigen Ausschuß wurden Schriftsteller Alexander Abusch, Landtagspräsident Friedrich Ebert, Bauer Otto Körting und Prof. Friedrich Möglich hinzugewählt.

Als dringend erwünscht bezeichnete der Ausschuß, daß im Lande

überall für die Kongreßausschüsse Berichterstattungen im Rahmen öffentlicher Kundgebungen stattfinden. Einstimmig hieß der Ausschuß zum Schluß einen Appell Dr. Schiffers gut, der folgenden Wortlaut hat:

„Der in dem Volkskongreß erhobene Ruf zur Bekundung des deutschen Einheitswillens hat in ganz Deutschland Widerhall gefunden. Er hat der Zonengrenzen gespottet, die Parteischranken gesprengt und leidenschaftliche Zustimmung erlangt aus allen Lagern. Die Stunde zu Vorliegendem, was so erfolgverheißend begonnen, ist da. Allen, die noch beiseitstehen, strecken wir die Hand entgegen und bitten sie: Vergeßt das Vergangene, überwindet das Trennende, denkt nur an das, was uns allen gemeinsam ist und seid Euch der Verantwortung bewußt, die in diesem Augenblick jedem Deutschen obliegt. Kommt zu uns, um in gemeinsamer Arbeit und gegenseitigem Vertrauen in der Welt das Schauspiel deutscher Zerrissenheit zu beenden und Zeugnis davon abzulegen, daß in dieser entscheidenden Stunde das deutsche Volk den Kongreß erkennt als die Erhaltung seiner Einheit. Das Vaterland ruft — Deutschland erwartet Euch — kommt!“

Die Arbeiterklasse sichert Deutschlands Zukunft

Franz Dahlem spricht vor Mannheimer Arbeiterfunktionären

Am Montag, den 15. Dezember, in den Stunden, da der Außenministerrat in London sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen beschloß, weil die westlichen Delegationen hartnäckig auf einem Standpunkt verharrten, der in kräftigem Gegensatz zu ihrer eigenen Haltung in Jalta und Potsdam steht, sprach in den Motorenwerken Mannheim das Vorstandsmitglied der SED, Franz Dahlem, zu weit über 700 Funktionären und Parteiarbeitern der KPD im Kreis Mannheim. In aller Klarheit schälte er heraus, daß nur eine Macht, unser großer Nachbar, die Sowjet-Union, unbeirrt auf dem Boden

der Vereinbarung von Potsdam steht. Gleichviel unter welchem Gesichtswinkel man an die Frage herangeht, es zeigt sich immer, daß sich die Lebensinteressen des deutschen Volkes sowohl in den kleinsten als auch in den großen nationalen Fragen mit denen der Sowjetunion decken. Die Westmächte verfechten gegenwärtig ihre Interessen auf dem Rücken des deutschen Volkes und es geht ihnen in dem Kampf um Deutschland darum, die Volksmassen zu gewinnen, da ihre Ziele der Zerreißung Deutschlands nur erreichbar sind, wenn sie sich in Deutschland selbst eine Massenbasis

Die Sowjetunion nicht schuld

In einem Kommentar des „Telegraf“ vom 16. Dezember zur Vertagung der Londoner Konferenz heißt es: „Bei Abwägung der weltpolitischen Gesamtlage, wie auch bei Beurteilung der deutschen Frage kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung dieses Ende des Londoner Außenministertreffens nicht gewünscht hat. Die russische Delegation ließ durchblicken, daß sie einen Bruch zwischen Ost und West vermeiden wollte. Es wäre auch falsch, die Vertagung auf unbestimmte Zeit etwa als endgültigen Bruch anzusehen.“

schaffen können. Doch entgegen allen fatalistischen Thesen und Theorien, die im deutschen Volk nur ein Objekt sehen, muß immer wieder betont werden, daß das deutsche Volk selbst das entscheidende Wort mitzureden hat und mitreden muß bei der Lösung seiner eigenen Probleme. Wie immer sich die Dinge gestalten nach dem Scheitern der Londoner Verhandlungen, es wird immer vom deutschen Volke mit abhängen, wie seine Zukunft aussehen wird.

Der deutsche Volkskongreß, um dessen ständigen Ausschuß eine mächtige Volksbewegung heranwächst, ist die große Hoffnung einer Sammlung aller fortschrittlich und wahrhaft nationalen Kräfte in den verschiedenen Teilen Deutschlands für Einheit und Frieden. Trotz der Schlüsselstellung, welche sich die deutsche Reaktion mit Hilfe ihrer ausländischen Klassenossen im Westen Deutschlands erringen konnte, ruht so viel Kraft im deutschen Volke, daß wir die Zuversicht haben können, eine breite außerparlamentarische Massenbewegung über ganz Deutschland hinweg werden erreichen, was auf dem bisherigen Weg seit 1945 nicht möglich war. Die Bourgeoisie hat in zwei Weltkriegen ihr Versagen in bezug auf die nationalen Interessen des deutschen Volkes bewiesen. Der geeinten deutschen Arbeiterklasse wächst damit die Aufgabe zu, die wahren nationalen Interessen Deutschlands in eigene Hände zu nehmen. Sie ist die motorische Kraft, die weit über die Arbeiterklasse hinaus das werktätige deutsche Volk sammelt wird. Der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei im Westen, die ja durch demokratischen Beschluß ihrer Parteitage ein Teil der SED ist, erwächst hieraus eine gewaltige Aufgabe. Unbeirrt um alle Anwürfe des antidemokratischen Feldzuges wird sie die große wesentliche Linie der deutschen Arbeiterbewegung, deren Interessen eins sind mit den Interessen des deutschen Volkes selber, verfolgen. Noch ist die Arbeiterklasse im Westen Deutschlands gelähmt durch die unselige Spaltung. Die Politik des Kreises um Schumacher überhöht sich zur historischen Schuld an den nationalen Interessen Deutschlands. Die Feinde der Arbeiterklasse, gleichviel ob in- oder ausländische, können ihr Ziel nur erreichen durch Spaltung, Spaltung der Arbeiter und Spaltung Deutschlands. Doch die Stärke der reaktionären Kräfte ist begrenzt. (Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

tionären Kräfte ist nur scheinbar; und so wie in der Welt eine nüchterne Betrachtung des realen Kräfteverhältnisses zeigt, daß trotz allem Atombomben- und Kriegsgeschrei sich die Dinge unaufhaltsam zugunsten der freien und fortschrittlichen Kräfte entwickeln, so künde sich in dem ersten Geplänkel der Bewegungen der Rhein- und Ruhrarbeiter, des Kampfes der Boscharbeiter in Stuttgart und des ersten Warnrufs des einmütigen Proteststreiks der Mannheimer Arbeiterschaft das Herannahen entscheidender Klassenausinandersetzungen an, in deren Verlauf auch der letzte sozialdemokratische Klassengenosse sich zur Einheit seiner Klasse entscheiden wird. Kein Zweifel: Die Arbeiterklasse wird sich immer klarer ihrer Kraft bewußt. Immer klarer schält sich heraus, wer Freund und wer Feind des schaffenden deutschen Volkes ist. Und trotz allem antidemokratischem Geschrei: Die Arbeiterklasse ist doch stärker und um sie wird sich die Kraft des deutschen Volkes zusammenballen bis zur Schaffung eines ungeteilten, freiheitlichen und demokratischen Deutschland. —w—

Cuhorst muß vor ein ordentliches Gericht!

Die Nachricht von der Freilassung des früheren Senatspräsidenten beim Volksgerichtshof, Cuhorst, hat bei der Bevölkerung von Württemberg-Baden starke Empörung ausgelöst. Im Landtag von Südwürttemberg-Hohenzollern erklärte Justizminister Schmid, daß er das amerikanische Gericht, das ihn freigesprochen und ihm freies Geleite gesichert habe, nicht kritisieren wolle; es stehe aber fest, daß es in der ganzen Welt zu Protesten gekommen wäre wenn ein deutsches Gericht einen solchen Verbrecher an der Menschheit freigesprochen hätte. Mittlerweile wurde Cuhorst wieder verhaftet und in das Internierten-Lager Ludwigsburg überführt. Das Personal des Ministeriums für politische Befreiung und der Spruchkammern von Stuttgart und anderer Städte, hat daraufhin seinen Proteststreik beendet.

Der kalte und skrupellose Blutrichter Cuhorst, dessen Mordpraxis gerade in unserem Gebiet unzählige Opfer gefordert hat und der auch — die Mannheimer Arbeiterschaft und alle Antifaschisten notieren dies besonders — die aufrechten Kämpfer um Georg Lechleiter dem Henker ausgeliefert hat, erklärte, daß er keine Befürchtung habe, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Ohne Bedenken würde er auch in Stuttgart spazieren gehen. Es wäre falsch, schreibt die „Volksstimme“ Stuttgart, in diesen zynischen Aeußerungen eines vielfachen Mörders nur den Beweis seiner Unverfrorenheit und Frechheit zu sehen. Er schätzt vielmehr die Lage realistisch ein und zieht lediglich bestimmte Schlußfolgerungen in bezug auf seine Person. Das Urteil gegen den Polizeihauptmann Böse von Mannheim, zahlreiche andere Fälle empörenden Versagens deutscher Gerichte und Richter, nicht zuletzt aber sein eigener Freispruch ließen ihm deutlich erkennen, woher heute schon wieder der Wind im Westen weht. Der bayerische Minister für Wiedergutmachung, Dr. Auerbach, hat beim württembergisch-badischen Justizministerium den Antrag gestellt, Cuhorst nicht nur vor eine Spruchkammer, sondern als Mörder vor ein Schwurgericht zu stellen. Das Volk, insbesondere die Arbeiter und Antifaschisten von Mannheim, werden darüber wachen, daß der vielfache Mörder und Blutrichter Cuhorst nicht durch reaktionäre Machenschaften dem Arm der Gerechtigkeit entzogen wird.

Winterbeihilfe für alle Bedürftigen

Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion wird durchgeführt

Vor einiger Zeit hat der Gewerkschaftsbund in einer eingehenden Untersuchung nachgewiesen, daß der Durchschnittslohn der Mehrzahl der Schaffenden weit unter dem Existenzminimum liegt und nicht einmal ausreicht, um die primitivsten Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Schon heute mehren sich die Fälle, daß Menschen, um überhaupt leben zu können, dazu übergehen müssen, einen Teil ihrer Lebensmittelkarten zu verkaufen. In besonderem Maße der Not ausgeliefert sind aber die Invaliden- und Altersrentner, die Umsiedler und Fliegergeschädigten, die Angehörigen von Kriegsgefangenen, die Kriegsversehrten und Hinterbliebenen und die Fürsorgeempfänger.

Für sie alle hat die kommunistische Landtagsfraktion den Antrag auf Auszahlung von einer außerordentlichen Winterbeihilfe in Höhe von 100 RM für jeden Erwachsenen und 50 RM für jedes Kind gestellt, der vom Landtag am 12. 12. 47 auch angenommen wurde.

Die näheren Einzelheiten werden in Kürze bekannt gegeben werden, doch

erscheint es gerade in Mannheim angebracht, darauf hinzuweisen, daß bei Prüfung der Bedürftigkeit nicht engherzig verfahren werden soll, wie dies im Vorjahr bei ähnlicher Gelegenheit in dieser Stadt der Fall war. Die zuständigen Regierungsstellen mußten die Fürsorgebehörden von Mannheim erst darauf hinweisen, daß sie zu engherzig vorgegangen waren und die Genehmigung einer großen Zahl weiterer in Mannheim bereits abgelehnter Anträge fordern. Sollte dies vielleicht nicht damit zusammenhängen, daß im Fürsorgewesen in Mannheim wieder eine beträchtliche Zahl nach nicht gerade engherzigen Gesichtspunkten entnazifizierter Nazis tätig ist? Wenn die Ausgabe der auf Initiative der Kommunisten zurückzuführenden Sonderbeihilfe für alle Notleidenden wiederum auf Schwierigkeiten stößt, wird der Mannheimer Stadtrat die Frage prüfen müssen, ob nicht durch die Einschaltung von Ausschüssen aus Kreise der Bedürftigen selber die Durchführung dieser Maßnahme gesichert werden kann. —K—

der Oberschulen nahm in positivem Sinne zur Schulreform das Wort.

Das ruft breite Elternschichten zur höchsten Wachsamkeit auf. An den Oberschulen herrscht also trotz Entnazifizierung der lebendige Geist einer vergangenen Zeit, die uns das heutige Unglück bescherte. Werkstätige Eltern, gebt ihnen die richtige Antwort. Elternversammlungen in allen Stadtteilen. Nehmt Stellung zur Schulreform. —St.—

Interessenvertreter der Industrie im Beamtenapparat?

Eine Anfrage des Abgeordneten Leibbrand (KPD) im württembergisch-badischen Landtag über die Ergebnisse einer Untersuchung über die Verbindung von Beamten mit Privatinteressen der Industrie wurde dahingehend beantwortet, daß sich zwar „einige wenige Fälle“ in der Wirtschaftsverwaltung ergeben hätten. Die Betroffenen seien jedoch bereits ausgeschieden oder beurlaubt. Bei diesem Anlaß drängt sich der Mannheimer Arbeiterschaft die Frage auf, welche Interessen Ministerialdirektor Dr. Kaufmann (CDU selbstverständlich), der privat höchst interessiert an der Deutschen Bergin AG, Mannheim-Rheinau ist, mit seinem Amt beim Wirtschafts- u. Verkehrsministerium verbindet? — Dieser Firma wurde ein Staatskredit von 1,5 Millionen RM genehmigt, von denen bereits ca. 250 000 RM ausbezahlt sind. Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung kaum etwas zu sehen bekommt von dem durch die Bergin hergestellten Süßstoff, den sie so dringend benötigt, ist die ernsthafte Frage berechtigt, ob es nicht das Interesse der Allgemeinheit erfordert, diesen Betrieb der sowieso einen Staatskredit von 1,5 Millionen RM benötigt, überhaupt auf Grund der württembergisch-badischen Verfassung in den Besitz der Landesregierung zu überführen? —w—

Sind Flüchtlinge schutzlos?

Aus Ketsch erreicht uns der Notschrei eines Umsiedlers, der von seinem Hausbesitzer, dem Bäckermeister Wilhelm Volk, anscheinend in jeder Weise schikaniert wird. Aushängen der Wohnungstür — gewaltsames Eindringen in die Wohnung und Herausstellen der Möbel — tätliches Vorgehen gegen die Frau des Umsiedlers in dessen Abwesenheit — das sind so einige Delikte, mit denen der betreffenden Umsiedlerfamilie das Leben sauer gemacht wird.

Die Polizei verweist die schikanierten Menschen an das Amtsgericht, der Bürgermeister schickt sie zum Landrat, Abhilfe wurde versprochen und 3 Tage später war die Scheibe der Wohnungstür eingeschlagen. Der Hausbesitzer und Bäckermeister Volk war einer der ersten Stützpunkt- und Ortsgruppenleiter der NSDAP. Seine Bäckerei wurde einmal im „Hakenkreuzbanner“ groß als Hitlerbäckerei abgebildet. Seit vielen Jahren soll er schon mit allen seinen Mietern in Streit leben. In einer Zeit des Wohnungsmangels und der Baumaterialienknappheit ließ er sich eine große Glasveranda mit Zementsockel bauen.

Gibt es keine amtliche Stelle, die gegen solche Volksschädlinge einmal energisch vorgeht? Sind die Umsiedler solchen nazistischen Unmenschen schutzlos ausgeliefert?

Wir machen alle Ortsgruppen und Zeitungsträger darauf aufmerksam, daß unsere

Weltnachts- und Neujahrs-Ausgaben

jeweils am Dienstag, 23. Dezember, und Dienstag, 30. Dezember 1947 erscheinen. Abholung jeweils Dienstag nachmittag, Zeitungshändler jeweils Mittwochvormittag.

Ehering gefunden!

In der Versammlung der KPD am 6. Dezember 1947 im Rosengarten Mannheim wurde ein Ehering gefunden. Er kam von dem Verlierer abgeholt werden im Büro des Kreisvorstandes Mannheim C 7, 5.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.

Im Dienste des Volkes

werden die in Mannheim gewählten neun kommunistischen Stadträte unermüdlich tätig sein. Es wurden gewählt:

- Schreck, Paul, Gewerkschaftssekretär, Mannheim - Waldhof, Schlehenweg 29.
- Langendorf, Anette, Sekretärin, Mannheim - Friedrichsfeld, Rud.-Langendorf-Straße 100.
- Kober, Ludwig, Schlosser, Mannheim - Lutzenberg, Stolberger Straße 6.
- Weber, Kurt, Kaufmann, Mannheim - Karl-Benz-Straße 124.

- Kunz, Friedrich, Dreher, Mannheim, Mittelstraße 66.
- Kamp, Friedrich, Maler, Mannheim, Untermühlstraße 154.
- Eimuth, Peter, Arbeiter, Mannheim, Laurentiusstraße 12.
- Grimm, Luise, Hausfrau, Mannheim - Waldhof, Unter den Birken 27.
- Locherer, August, Müller, Mannheim - Waldhof, Gr. Ausdauer 14.

Die bisherige kommunistische Stadtratsfraktion wurde vollzählig wieder gewählt. Man darf wohl in dieser Tatsache wie auch in der Vergrößerung der absoluten Zahl der gewählten Kommunisten einen Beweis der wachsenden Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der KPD sehen. Die kommunistischen Stadträte danken allen ihren Freunden und Wählern für das bewiesene Vertrauen und leiten daraus die Verpflichtung und den Auftrag ab, auch weiterhin mit allen Kräften im Sinne ihres Leitspruchs zu wirken: Alles für das Volk! Alles mit dem Volk! Alles durch das Volk!

Um die Brechung des Bildungsmonopols

Reaktionäre Angriffe in Elternversammlungen. — Der Kampf in vollem Gange

Die überfüllte Aula der Wirtschaftshochschule vereinte am vergangenen Donnerstag Professoren und Eltern der Schüler sechs Oberschulen. Der Referent Direktor König, Leiter der Liselotteschule und des Verbandes der Oberschullehrer, und anschließend sechs Diskussionsredner — Professoren, Doktoren und Ärzte — zogen alle Register, um den Entwurf des CDU-Ministers Bäuerle als viel zu fortschrittlich und undeutsch abzutun. Eher Abbau der vierjährigen Grundschule, als ihr Aufbau auf zunächst sechs Jahre und entschiedene Gegnerschaft zur Einheitsschule war der Grundton ihrer Ausführungen. Mit sehr viel lateinischen Ausdrücken und Versen wurde hier „höhere Bildung“ dokumentiert. Volksfremd und volksfeindlich erstrebt man für alle Zukunft eine auserlesene Bildung für die Klassenschicht der Begüterten und des gehobenen Mittelstandes. Diese Schichten sollen dann, wie bisher, mit ihrem Berechtigungschein alle Kommandohöhen in Staat, Verwaltung, Handel und Industrie einnehmen, um die Ver-

sklavung der werktätigen Schichten zu verewigen.

Nach Beschränkung auf 5 Minuten Redezeit durften schließlich Stadtschulrat Hellmuth und einige fortschrittliche Eltern kurz das Wort ergreifen. Es war beschämend, aber bezeichnend, wie die bis dahin zustimmende Versammlung auf sachliche Ausführungen tumultuarisch reagierte. Der „Mannheimer Morgen“ schreibt: „... jedoch vor Zwischenrufen und störender Unruhe kaum zu Worte kommen konnte“.

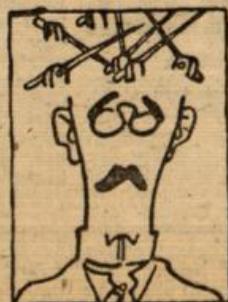
Fast einstimmig wurde eine Resolution gegen die Schulreform, gerichtet an die Adresse des Kultusministers, angenommen.

Der Referent und seine Freunde versuchten krampfhaft zu beweisen, daß die Oberschulen heute gleichmäßig von Kindern aller Bevölkerungsschichten besucht werden. Dabei wollten sie nicht bemerken, daß die stattfindende überfüllte Versammlung genau das Gegenteil bewies.

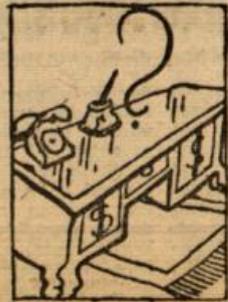
Bemerkenswert, kein einziger Lehrer



In den Träumen mancher Schlotbarone liegt der „Paneuropablock“ (mit —, ohne —) Laßt ihn drin.



In Herrn Högners düstren Hirn-Kemnatzen liegen 50 kleine deutsche „Staaten“. Laßt sie drin.



In dem goldenen Schreib-tisch des Herrn Clay liegt die „Staatsregierung West“ in spe. Laßt sie drin.



Mitten drin in unserm deutschen Land liegt noch immer eine Trennungswand. Die nehmt raus!